

2.12.2020 - [Pressemitteilungen](#) [Redaktionsmeldungen](#)

Deutscher Juristinnenbund e. V. veröffentlicht Bericht

Der Deutsche Juristinnenbund e. V. (djb) hat seinen Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland veröffentlicht. Dieser beleuchtet besonders dringenden Umsetzungsbedarf im Hinblick auf die Vorgaben der Istanbul-Konvention in Deutschland. Anlass des Berichts ist die anstehende Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben der Konvention in Deutschland durch das [Experten-Gremium GREVIO](#).

GREVIO zieht neben dem Bericht der Bundesregierung insbesondere auch Berichte durch nichtstaatliche Organisationen heran. Der Bericht des djb dient daher dem Zweck, GREVIO über den **ausstehenden Umsetzungsbedarf** in Kenntnis zu setzen und diese Informationen in das Evaluierungsverfahren einzuspeisen. Im Bericht werden dabei exemplarisch die Bereiche in den Blick genommen, in denen **besonders dringender Handlungsbedarf** identifiziert wurde.

Dringender Umsetzungsbedarf in Deutschland

Nach Analyse des djb besteht noch Umsetzungsbedarf im Hinblick auf die Vorgaben **aus sämtlichen Bereichen der Konvention**.

Dies betrifft etwa den **Bereich der Prävention**, insbesondere bei Partnerschaftsgewalt. Daneben ist auch das Recht auf umfassenden Schutz, Unterstützung und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen und deren effektiven Zugang zum Recht betroffen. **Effektiver Gewaltschutz** muss insbesondere auch für Migrantinnen und geflüchtete Frauen gelten. Auch eine **Schließung von gesetzlichen Schutzlücken** ist dringend erforderlich. So zum Beispiel im Bereich Zwangssterilisationen und psychischer Gewalt.

Zudem besteht noch erheblicher Umsetzungsbedarf, was die Anforderungen an eine **effektive, geschlechtsbewusste Strafverfolgung** angeht. Darüber hinaus braucht es unabhängiges Monitoring, entsprechende Forschung und umfassende Datenerhebung, um die Implementierung der Istanbul-Konvention auch strukturell zu garantieren. Nach der Analyse des djb sind zudem die **Beratungs- und Unterstützungssysteme** für gewaltbetroffene Mädchen und Frauen weder ausreichend gesichert noch als staatliche Pflichtaufgaben verankert.

Der Bericht steht [hier](#) zum Download bereit.

Quelle: Pressemitteilung des djb vom 25.11.2020

